

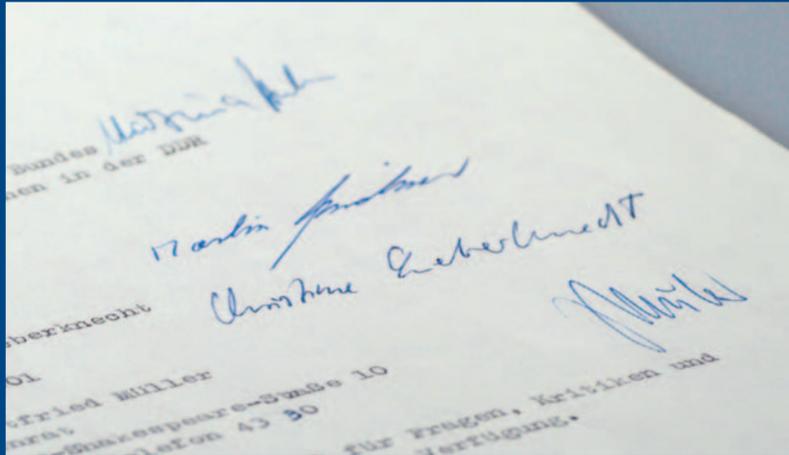


Konrad
Adenauer
Stiftung

DER BRIEF AUS WEIMAR

ZUR SELBSTBEFREIUNG DER CDU IM HERBST 1989

EHRHART NEUBERT



DER BRIEF AUS WEIMAR

ZUR SELBSTBEFREIUNG DER CDU IM HERBST 1989

DER BRIEF AUS WEIMAR

ZUR SELBSTBEFREIUNG DER CDU IM HERBST 1989

EHRHART NEUBERT



Konrad
Adenauer
Stiftung

ClimatePartner^o
klimateutral

Druck | ID: 53323-1406-1030



© 2014, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

www.kas.de

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln

Satz: workstation, Niederkassel

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Umschlagbild: KAS/Marie-Lisa Noltenius

*Die Publikation wurde gedruckt mit finanzieller Unterstützung
der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-95721-046-3

INHALT

7 | DER BRIEF AUS WEIMAR –
ZUR SELBSTBEFREIUNG DER CDU IM HERBST 1989
Ehrhart Neubert

19 | DOKUMENTE

39 | DER AUTOR

Der Brief aus Weimar – Zur Selbstbefreiung der CDU im Herbst 1989

Ehrhart Neubert

Gehört der „Brief aus Weimar“, den vier Mitglieder der Ost-CDU am 10. September 1989 herausgaben, zu den Schlüsseldokumenten der friedlichen Revolution oder ist seine oft betonte politische Bedeutung eine nachträglich konstruierte Legende? Die Debatte ist neuerlich wieder aufgeflammt. Offensichtlich stehen hinter diesen Beiträgen tagespolitische Interessen, zumal sie sich etwa an der Person der thüringischen Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht festhalten.¹

Der Frage kann nur sachgemäß nachgegangen werden, wenn der Brief aus Weimar im Kontext der Parteigeschichte der (Ost-)CDU und besonders im engeren Zeithorizont der revolutionären Vorgänge des Herbstes 1989 betrachtet wird. Beachtet werden muss auch, dass Organisationen bzw. Institutionen wie Parteien nicht allein Zweckverbände handelnder politischer Gruppen mit Machtinteressen sind. Parteien haben ein komplexes geschichtliches Fundament und in ihnen lagern sich Werte und Wertungen sowie Handlungsmuster und emotionale Motive ab, die ihnen auch unabhängig von temporär in Erscheinung tretenden Personen und historischen Situationen Dauer und Stabilität verleihen sowie das Bedürfnis wachhalten, zu den ursprünglichen Ansätzen zurückzukehren. Diese Stabilität kann sich auch symbolisch ausdrücken, wie dies allein schon der Parteiname vermittelt. In der aktuellen Debatte ist dies vernachlässigt worden.

CDU in der DDR

Die Geschichte der CDU beginnt im Sommer 1945 in Berlin. Die Erfahrungen mit der zersplitterten Parteienlandschaft in der Weimarer Republik sowie im Ringen gegen die Nationalsozialisten hatten Wider-

1 | *Vgl. Martin Debes: Christine Lieberknecht. Von der Mitläuferin zur Ministerpräsidentin. Eine politische Biografie, Essen 2014.*

ständler dazu veranlasst, eine überkonfessionelle Partei zu schaffen, die sich auf ein christliches Menschenbild berief. Die neu gegründete Partei wurde aber in der Sowjetischen Besatzungszone bald durch die SED im „antifaschistischen Block“ und später in der „Nationalen Front“ ihrer Eigenständigkeit beraubt und politisch von der SED abhängig gemacht. Sie wurde zur „Blockpartei“. Die erzwungene Unterwerfung der CDU hatte viele Opfer gekostet. Tausende sind in den Westen geflohen, etwa 3.000 Mitglieder kamen in die Gefängnisse. Selbst hohe CDU-Funktionsträger waren betroffen. Viele wurden zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert. Zahlreiche von ihnen starben dort. Etwa 50 CDU-Mitglieder wurden hingerichtet. Die harten Verfolgungsmaßnahmen machten einen organisierten Widerstand nahezu unmöglich. Dennoch formierten sich immer wieder konspirative Gruppen in der CDU, die naturgemäß kaum in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden. Manche unterhielten zum Ostbüro der CDU in der Bundesrepublik Kontakt, was aber höchst riskant war.

Die SED hatte ein engmaschiges Kontrollsystem für die Blockparteien aufgebaut. Federführend waren besondere Abteilungen des Zentralkomitees der SED. Sie bestimmten die Personalpolitik und wachten darüber, dass auf den Führungsebenen SED-höriges Personal agierte. Die Abhängigkeit der CDU drückte sich auch in deren Teilfinanzierung durch die SED aus. Wie alle anderen Organisationen in der DDR wurde auch die CDU durch zahlreiche „inoffizielle Mitarbeiter“ (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) überwacht. Das hat zweifelsfrei dafür gesorgt, dass die Parteiapparate der CDU und deren Funktionäre in das politische System eingebaut waren.

Für die Mitgliedschaft und zahlreiche kleine Funktionsträger sah das allerdings anders aus. Der CDU war die politische Aufgabe zugewiesen, für die christliche Bevölkerung als Transmissionsriemen des Willens der SED zu dienen. Die CDU unterschied sich darin kaum von anderen Massenorganisationen in der DDR, etwa dem Kulturbund, der Volkssolidarität oder dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB). In diese Organisationen waren Millionen DDR-Bürger integriert, die nur unvollständig SED-Positionen übernahmen. In der CDU-Mitgliedschaft, wie im überwiegenden Teil der Bevölkerung, gab es ein Ineinander von Anpassung und Eigensinn. Trotz der zur Schau gestellten Loyalität zum

2 | *Richard Bessel/ Ralph Jessen: Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996.*

Regime versuchten sie im alltäglichen Leben Bereiche auszumachen, wo es tatsächliche oder scheinbare „Grenzen der Diktatur“² gab. „Es sind dies die sprachlichen (oder bildlichen) Dimensionen jener Schweißkiaden, in der sich die angeblich ‚kleinen Leute‘ ihre eigene Zeit und ihren eigenen Raum in den Unübersichtlichkeiten der Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse ‚moderner‘ Gesellschaften zu sichern suchen.“³ Damit konnten die politischen Ansprüche teilweise umgangen oder eigensinnig interpretiert werden.

Für solche Verhaltensstrategien boten die Blockparteien CDU und LDPD günstige Bedingungen. Ihre Mitglieder demonstrierten einerseits ihre Loyalität, wie sie sich andererseits in dieser „Nische“ der SED-Mitgliedschaft entzogen. In einigen wenigen Fragen konnte die CDU sogar andere Haltungen einnehmen als die SED: Sie musste nicht die Jugendweihe propagieren. Abweichende Meinungen hatte sie zur Frage der Kirchenmitgliedschaft und zur Abtreibung. Manche Kirchenmitglieder konnten durch ihre CDU-Mitgliedschaft berufliche Benachteiligungen etwas abmildern. Vor allem bekannte sich die CDU nicht zur marxistisch-leninistischen Staatsweltanschauung. Insofern ist es falsch, wenn etwa der ehemalige Vorsitzende der „Linken“, Oskar Lafontaine behauptete, die CDU in der DDR wäre eine kommunistische Partei gewesen. Diese soziale Sonderrolle bescherte der CDU und der LDPD in den 1980er Jahren mit den sich vermehrenden Krisen der DDR auch einen Mitgliederzuwachs.

Diese eigensinnige Nutzung der CDU durch viele ihrer Mitglieder kann allerdings noch keineswegs als politischer Widerstand verstanden werden. In der Partei hat es zwar immer Widerspruch und Opposition gegeben. Aber solche Phänomene wurden durch die SED scharf verfolgt. Auch die Parteiführung der CDU disziplinierte widerständige Mitglieder.

Was weder die SED noch die willfähigen Parteiführer in der CDU verhindern konnten, war die Erinnerung an die Geschichte der Ost-CDU. Für die Älteren blieben auch die Namen der in den Westen geflüchteten Parteiführer, wie Andreas Hermes oder Jakob Kaiser ein Begriff. Die Erinnerung an eine freie CDU wurde zudem ständig genährt, weil die West-CDU medial präsent war. Die DDR-Bürger kannten sich in der

3| Alf Lütke: *Sprache und Herrschaft in der DDR*. In: Alf Lütke/ Peter Bender (Hg.): *Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag*, Berlin 1997, S. 15.

bundesdeutschen Politik und ihren Parteien meist besser aus als in den politischen Stereotypen der DDR. Die erfolgreiche Westpartei CDU war gleichsam das Leitbild, das bis in die CDU-Mitgliedschaft hineinwirkte. Immer wieder musste die Parteiführung im Osten einschreiten, wenn ihre Mitglieder zur Westpartei Beziehungen unterhielten.

1988 – die Unzufriedenheit wächst

Eine deutliche Politisierung der innerparteilichen Kritik in der Ost-CDU setzte erst 1988 ein.⁴ Das ist an den Lageberichten des MfS über die CDU ablesbar. Jetzt häuften sich die beunruhigenden Signale. Die Reformen Gorbatschows ließen Hoffnung auf mehr Eigenständigkeit sprießen. Unfreiwillig trug die SED das ihre dazu bei, weil sie, nun plötzlich selbst unter Reformdruck geraten, auf das sozialistische „Mehrparteiensystem“ in der DDR verwies. Dies ermutigte die Blockparteien stärker, als es den Kommunisten recht war. Wie schon vor Jahrzehnten im Zusammenhang mit der Krise des 17. Juni 1953 sahen jetzt CDU-Leute eine Chance.

1988 wagten sich schon mehrere Ortsgruppenvorsitzende in Sachsen und im Bezirk Frankfurt/Oder weit vor, als sie öffentlich die führende Rolle der SED ablehnten. Am deutlichsten geschah dies in Neuenhagen im Kreis Straußberg. In einem Schreiben wurde die Bevormundung durch die SED kritisiert, ein Parteienpluralismus gefordert und eine Wahlrechtsänderung verlangt, wie sie in der UdSSR angekündigt worden war. Die Initiatorin, die Ärztin und CDU-Ortsgruppenvorsitzende Else Ackermann, versuchte das Papier auch in der Presse unterzubringen. Der RIAS berichtete. Die CDU-Führung ließ alle Exemplare einsammeln und vernichten. Das MfS verstärkte nun seinen konspirativen Kampf gegen die Neuenhagener Rebellengruppe.⁵ Da sie nun auch Verbindungen zu Oppositionellen aufnahm und sich gegen die Wahlfälschungen im Mai 1989 wehrte, begann ihre Verfolgung durch das MfS. Die Ärztin verlor ihre Stellung in der Akademie der Wissenschaften.

Die Welle der innerparteilichen Kritik in der CDU lief allmählich von unten nach oben und erreichte selbst die mittlere Parteiebene. Im April

4 | Vgl. Manfred Agethen: *Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende. In: Historisch-Politische Mitteilungen 1 (1994), S. 89-114. Dort auch der Text des „Briefes aus Neuenhagen“.*

5 | *BStU ZA MfS HA XX/AKG Bl. 50ff.*

1989 klagte das MfS schon über „Tendenzen der Überbetonung der Eigenständigkeit“⁶ selbst in den Bezirksvorständen, obwohl das MfS die Abwehrarbeit auf der Führungsebene verstärkt hatte. Zwar hatte die Partei das Misstrauen der Bevölkerung und der Kirchen gegenüber der CDU noch nicht überwinden können, aber schon weigerten sich CDU-Gruppen, etwa in Berlin, als Agitatoren gegen die Kirche oder ihre kritischen Mitglieder aufzutreten.

Vielerorts liefen die Debatten in den Ortsgruppen vollends aus dem Ruder. In Leipzig entstanden erste Verbindungen zu Oppositionellen. Mit den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989, bei denen es wieder zu den DDR-üblichen Wahlfälschungen kam, verstärkte sich die Emanzipation der CDU-Basis von der eigenen Leitung und der SED. Mancherorts traten bei den Wahlvorbereitungen CDU-Leute auf, um mehr Mandate zu erhalten. In Berlin und Rostock konnte von der SED gerade noch verhindert werden, dass Oppositionelle über CDU-Mandate in die Volksvertretungen hineinkamen. In mehreren Kreisen beteiligten sich CDU-Mitglieder bei der Auszählung der Stimmen am Abend des „Wahl“sonntags. Dies war eine Aktion der Opposition, um den Nachweis der Fälschungen erbringen zu können. Einige Jenaer CDU-Kandidaten nahmen wegen der nachgewiesenen Wahlfälschung ihr Mandat nicht an. Auch auf die Massenflucht von DDR-Bürgern im Sommer reagierten CDU-Mitglieder ähnlich wie Oppositionelle.

Das MfS identifizierte nun deutliche Erscheinungen der Absatzbewegungen von den Vorgaben der SED. Die Kontrollinstanzen konnten solche Phänomene nicht auf intern verursachte Probleme zurückführen, sondern fahndeten nach von außen induzierten negativen Einflüssen. Schuld gaben sie den Westmedien, den privaten Westkontakten von CDU-Mitgliedern, der Verbindung zu Oppositionellen und den Entwicklungen in Polen und Ungarn.

In der CDU nahm die Unruhe der Parteibasis bis in die Kreisvorstände im Sommer 1989 stetig zu. Die Berichte an die Parteiführung dokumentieren den Unmut, ja auch den Zorn der CDU-Mitglieder, die immer offener Veränderungen einforderten.⁷

6| *BStU ZA MfS HA XX/AKG 84.*

7| *Dem Verfasser liegen zahlreiche solche Berichte aus dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik vor; vgl. etwa ACDP 02-045 58/1, 58/2, 160/4, 216/1.*

Brief aus Weimar

Den stärksten Impuls zur Umorientierung der Ost-CDU löste der „Brief aus Weimar“ aus. Es erregte viel Aufsehen, als am 10. September 1989 vier Thüringer CDU-Mitglieder und kirchliche Mitarbeiter, Martina Huhn, Martin Kirchner, Christine Lieberknecht und Gottfried Müller, sich mit einem offenen Brief an die Mitglieder und Vorstände der CDU wandten, der schnell in der CDU, in kirchlichen Kreisen und in der Westpresse bekannt wurde. Für die Verbreitung sorgte auch eine Pressekonferenz am Rande der Synode des DDR-Kirchenbundes am 6. September 1989 in Eisenach. Die Autoren hatten alle eine gewisse Nähe zu kritischen kirchlichen Aktivitäten.

In dreißig Punkten wurde zunächst die Krise der DDR, die sich in der Ausreisebewegung und der Überforderung der Kirchen durch ihre politische „Stellvertreterrolle“ zeigte, beschrieben. Die CDU wäre dadurch „herausgefordert, ihre gesellschaftliche Mitverantwortung an höheren Maßstäben zu messen“. Die „innerparteiliche Demokratie“ solle sich nicht am „demokratischen Zentralismus“ orientieren und die Meinungen der Mitglieder sollten „authentisch zum Ausdruck“ kommen. Im „Demokratischen Block“ solle sich die CDU mehr profilieren, mehr Minister in der Regierung und in den Regionen mehr Einfluss fordern. Auf gesellschaftlicher Ebene solle mehr „Offenheit“, Unabhängigkeit der CDU-Presse, Nachprüfbarkeit von Verwaltungsentscheidungen, die Respektierung der „Mündigkeit des Bürgers“, völlige Reisefreiheit und Rückreiserecht von Ausgewanderten und eine „realistische Sicht ökonomischer Fakten“ befördert werden. Vor allem aber wird ein „neues Wahlverfahren“ für die nächsten Wahlen gefordert.⁸

Diese Forderungen blieben zwar hinter denen der meisten sich in diesen Tagen neu formierenden Oppositionsorganisationen zurück, weil sie das politische System mehr dynamisieren als verändern wollten, bedeuteten aber in der Situation im September 1989 geradezu eine Provokation der erstarrten Partei und des in die Krise geratenen politischen Systems der SED. Das Gründungsdokument des „Neuen Forums“, das zeitgleich von Bärbel Bohley initiiert wurde, war dagegen politisch viel unschärfer.

8 | Zitate nach dem Originaltext. Vgl. das Faksimile (Dok. 1).

Aber diese Papiere im September 1989 bekamen trotzdem eine enorme machtpolitische Wirkung, weil sie das Schweigen durchbrachen, dem Unmut Worte gaben und die Angschwelle überwand. Sie mobiliserten die Menschen, die einen Anstoß brauchten, um zu sagen, was sie schon lange dachten. Diese Papiere als opportunistisch oder „wendehälsig“ einzustufen, verkennt die politische Lage im September völlig.

Der „Brief aus Weimar“ wurde in der CDU heftig diskutiert und verbreitete sich in wenigen Tagen in der gesamten DDR, wo vielerorts die Wiederbelebung der CDU als Oppositionspartei gefordert wurde. Die gleichgeschaltete offizielle CDU-Propaganda reagierte zunächst abwehrend. Intern plante der völlig schockierte Parteichef Gerald Götting den Ausschluss der Autoren. Möglicherweise hat er damit auf eine Vorgabe aus dem Politbüro der SED reagiert. Aber selbst aus den Bezirksverbänden der CDU bekam Götting nun Gegenwind.

Der „Brief aus Weimar“ beschäftigte ähnlich wie die Gründungsdokumente der Oppositionsbewegungen auch die höchsten SED-Führer. Das MfS lieferte eine „strafrechtliche Einschätzung“. Danach war der Straftatbestand der „staatsfeindlichen Hetze“ erfüllt, der mit mehreren Jahren Haft geahndet werden konnte. Bei Weitergabe des Briefes sollte mit Geldbuße vorgegangen werden. Diese Einschätzung entsprach auch der Verfolgung von Autoren anderer oppositioneller Initiativen.⁹

Anfang Oktober ließ der Hauptvorstand der CDU eine Propagandaschrift ausgeben, in der im SED-Stil erklärt wurde, dass faktisch alle Forderungen des Briefes ohnehin in der CDU erfüllt seien. „Nicht rütteln“ lassen wollte die Parteiführung am „bewährten Prinzip der Gemeinsamkeit aller Kräfte der Nationalen Front“.

Doch der „Brief aus Weimar“ lief um und brachte eine Unabhängigkeitsbewegung in Gang, die manche seiner Inhalte überholte. Am 10. Oktober 1989 verlangte die Betriebsleitung und die Gewerkschaftsgruppe der CDU-Druckerei Union eine „objektive, realistische, kritische und umfassende Berichterstattung“.¹⁰ Aus der Partei heraus kam es zu

9| *Original der strafrechtlichen Einschätzung des Briefes aus Weimar in Sammlung Neubert.*

10| *Erklärung der Betriebsleitung und Betriebsgewerkschaftsleitung der Union Druckerei Berlin. 10.10.1989, maschinenschriftlich, Kopie, Informations- und Dokumentationsstelle der EKD Berlin. Akte DDR-Demokratisierung.*

zahlreichen Protesten gegen die eigene Führung und gegen den Führungsanspruch der SED. Mancherorts versuchte die CDU auch, sich bei Demonstrationen mit Rednern zu profilieren. Am schnellsten ging die Emanzipation der Blockpartei im thüringischen Eichsfeld und einigen kleinen sächsischen Gebieten vor sich, wo kleine Refugien einer überwiegend katholischen Bevölkerung bestanden.¹¹

CDU in der Absetzbewegung vom Block

Im Oktober entstand für die CDU eine verzwickte Lage. In ihr ging der Demokratisierungsprozess rasch voran. Der Druck auf die Führung wurde stärker. Die Autoren des „Brief aus Weimar“ wurden nun auch vom Hauptvorstand empfangen. Gleichzeitig fanden an vielen Orten, z.B. in Weimar, Demonstrationen gegen CDU-Funktionäre in Staatsdiensten statt. Während mancherorts CDU-Leute die Revolution vorantrieben, warteten andere ängstliche Funktionäre noch ab. Aber der Aufbruch war nicht mehr zu verhindern. Die Volkskammer-Fraktion der Union entzog sich rasch dem Zwang kollektiver Zustimmung. Sie stimmte auch gegen die Wahl des Honecker-Nachfolgers Egon Krenz zum Staatsratsvorsitzenden.

Zum Durchbruch kam die Erneuerung der CDU, als sich am Nachmittag des 9. November 1989 in der Friedrichstadtkirche in Berlin eine Gruppe traf, die Pläne für die inhaltliche und personelle Erneuerung schmiedete. Zu ihnen gehörte als wesentlicher Initiator Gottfried Müller von der Weimarer Gruppe. Vereinbart wurde, dass die führenden Gremien zurücktreten müssten, ein Parteitag einberufen, die alten Länderstrukturen wieder hergestellt und die nationale Identifikation der Partei herausgestellt werden sollten. Vorsitzender sollte Lothar de Maizière werden. Daran schloss sich eine öffentliche Veranstaltung in der Kirche an, in der Teile des Erneuerungsprogramms bekannt gemacht und die Gründung einer Jugendorganisation angekündigt wurden. Erstmals waren vom Demokratischen Aufbruch auch Vorstandsmitglieder als Gäste anwesend.

Noch während der Veranstaltung wurde die Mauer unter dem Druck der Berliner Bevölkerung geöffnet. Diese einschneidende Änderung beschleunigte den Erneuerungsprozess. Die Richtung dieser Reformen war durch zwei Faktoren bestimmt. Einmal war dies die Rückbesinnung

11 | *Vgl. Dok. 3 im Anhang.*

auf die kurze Periode nach dem Krieg, in der die CDU noch Spielräume hatte. Zum anderen lief die Entwicklung auf eine Angleichung an die West-CDU hinaus. Nun entstanden auch folgerichtig die ersten stabilen Verbindungen zur Bundes-CDU. Allerdings misstrauten noch viele westdeutsche Politiker der ostdeutschen Schwesterpartei tief.

Mit dem Zerfall des Machtapparates der SED verloren auch die Nationale Front und der „Demokratische Block“ ihre Funktion. Kurz vor der Installation des Runden Tisches verließen am 4. Dezember die CDU und am 5. Dezember 1989 die LDPD den „Demokratischen Block“, nachdem de Maizière dies schon vorher angekündigt hatte. Am Runden Tisch, der auf Druck der Opposition eingerichtet worden war, versuchten nun die ehemaligen Blockparteien, sich nicht mehr auf ihre Vergangenheit festlegen zu lassen und agierten inzwischen unabhängig. Die Blockparteien distanzieren sich zunehmend von der Sozialismus-Idee. Schon am 1. Dezember 1989 wollte die CDU in der Volkskammer die Sozialismusformel aus dem Artikel 1 der Verfassung der DDR gestrichen haben. Sie konnte sich damit allerdings nicht durchsetzen.

Bei der Lösung von der SED wurden nun auch christliche Orientierungen verstärkt, die in der Mitgliedschaft der Blockparteien trotz aller Gleichschaltung vorhanden waren und bisheriges taktisches Anpassungsverhalten zurückgehen ließen. Die Weimarer Gruppe gab der Partei schließlich eine demokratische Legitimation, konnte einflussreiche Positionen einnehmen und hatte die Partei insgesamt gegen die alte Führung rebellisch gemacht.

Die Wende der Blockparteien, die sich nur zögerlich von belasteten Funktionären trennten, wurde auch von Schwächen der Opposition begünstigt. Ab November bekam vor allem die CDU verstärkt Zuspruch aus der Bevölkerung und es gingen mit der zunehmenden Orientierung an der West-CDU auch Oppositionelle aus der Bürgerbewegung, vor allem aus dem Neuen Forum, zu ihr über. Auf einem Sonderparteitag am 15. und 16. Dezember 1989 wurden die Weichen für die Erneuerung der CDU endgültig gestellt. Der Demokratische Aufbruch ging mit der CDU ab Februar 1990 ein Bündnis ein.

MfS und Revolution

Manche Ungleichzeitigkeiten und Zögerlichkeiten während der Umorientierung der Ost-CDU gingen zweifellos auch auf das Konto der

Kontroll- und Einflussmöglichkeiten der SED zurück. Die Frage steht auch, ob und wie das MfS über seine zahlreichen IM in die Partei hineinwirkte. Selbst die wichtige Weimarer Reformgruppe hatte in Gestalt von Martin Kirchner, der bald Generalsekretär der CDU wurde, auch das MfS am Tisch. Als seine IM-Tätigkeit im August 1990 bekannt wurde, verlor er sein Amt.

Kirchner, IM „Hesselbarth“, der in die Kirche und die Ost-CDU eingeschleust war, hatte eine zwanzigjährige IM-Karriere hinter sich. Er trat im Herbst 1989 mit einem dezidierten Antikommunismus hervor, den er ebenso radikal vertrat, wie er vorher seine christlichen Freunde bekämpft hatte. Jetzt aber machte er sich zum Vorreiter der Bewegung. Als die Weimarer im September 1989 bei ihrer Werbung für den Brief unwissentlich auf andere IM gestoßen waren, hatten diese sich nicht beteiligt.

Möglicherweise war dieser Übereifer Kirchners Art, den Zusammenbruch des kommunistischen Systems, dessen Teil er war, zu verarbeiten. Ähnlich haben sich andere Spitzenpolitiker mit MfS-Anbindung verhalten, wie Wolfgang Schnur im Demokratischen Aufbruch und Ibrahim Böhme in der SDP/SPD. Sie gingen wohl zunächst Risiken ein, weil sie sich durch ihren Verrat abgesichert fühlten. Später hatte sie offenbar der Machthunger gepackt. Ihr Einfluss auf ihre Parteien oder gar auf den Verlauf der Revolution darf jedoch nicht überschätzt werden. Sie schwammen auf der politischen Welle, die sie mitriss. Ihre Geltungssucht, die sie einst in die Arme des MfS getrieben hatte, sorgte nun dafür, dass sie ohne Skrupel demokratische Ämter besetzen wollten.

Das MfS, das sie zunächst als Informationsquellen nutzte, war bald kaum noch in der Lage, sinnvolle Strategien zu entwickeln, die Revolution umzulenken oder gar aufzuhalten. Spekulationen oder auch nur Andeutungen, dass der „Brief aus Weimar“ eine Kreation des MfS oder gar der Sowjets war, fußen auf absurden Verschwörungstheorien.¹² Die MfS-Dokumente zeigen stets, dass der Geheimdienst allenfalls destruktiv wirkte. Er konnte komplexe politische Prozesse wie eine Revolution mitsamt seiner eigenen Auflösung, der Ausschaltung der Repressionsorgane und die institutionelle Sicherung der Demokratie nicht abwehren.

12 | *Debes fasst solche Vermutungen in Fragesätze, a.a.O., S. 54. In weiteren Presseveröffentlichungen spitzt er dies zum Verdacht zu.*

Schritte aus der Unfreiheit

In dem Prozess der Selbstbefreiung der CDU in der DDR spielte der „Brief aus Weimar“ eine zentrale Rolle. Die Inhalte dieses historischen Dokumentes wurden bald von der Entwicklung in der CDU und in der DDR überholt. So aber ging es allen Akteuren, den Oppositionellen und auch der westdeutschen Politik. Das im September 1989 nicht voraussehbare glückliche Ende der friedlichen Revolution darf nicht darüber hinwegsehen lassen, dass es einen Anfang gab, der aus kleinen Schritten bestand. Diese Schritte gingen damals mutige Menschen in der DDR. Sie kamen aus der Opposition, aus den künstlerischen Milieus und aus den Kirchen. Einige kamen eben auch aus der CDU. Der Brief aus Weimar dokumentiert das.

DOKUMENTE

Dokument 1

Quelle: ACDP 01-611: 001/1

Brief aus Weimar

an die Mitglieder und Vorstände
der Christlich-Demokratischen Union

- 1 Als haupt- oder ehrenamtliche Mitarbeiter der Kirche, die der CDU angehören, wenden wir uns an die Mitglieder und Vorstände der Partei. Wir bitten sie, mit uns zusammen darüber nachzudenken, welchen Beitrag die CDU für die Lösung der akuten gesellschaftlichen und politischen Probleme leisten kann. Wir sind davon überzeugt, daß die Partei mehr vermag, als sie sich selbst bis jetzt zutraut.
- 2 Vor allem beunruhigt uns, daß das Problem der legalen und illegalen ständigen Ausreise aus der DDR sich in diesem Jahr weiter verschärft hat, anstatt allmählich an Bedeutung zu verlieren. Betrachtet man die Ausreisewilligen nach Alter, Bildungsvoraussetzungen und Beruf, dann zeigt sich, daß nicht der Rand, sondern der Kern unserer Gesellschaft betroffen ist. Unser Land leidet Schaden - je länger, je mehr.
- 3 Auch unsere Kirchen leiden unter der Ausreisewelle. Ihre Appelle, im Lande zu bleiben und Geduld zu zeigen, will niemand mehr hören. Die Abwehrkräfte gegen die Verlockung zur Ausreise erlahmen bei Gemeindegliedern, aber auch bei den Mitarbeitern in Diakonie und Verkündigungsdienst immer mehr. Nicht selten versuchen Ausreisewillige, die Kirchen zur Durchsetzung ihres Wunsches zu instrumentalisieren.
- 4 Darüber hinaus läßt das Bemühen, den Ursachen der Auswanderungsbewegung auf die Spur zu kommen und zu ihrer Beseitigung bzw. Milderung beizutragen, den Kirchen eine Stellvertreterrolle für die eigentlich verantwortlichen gesellschaftlichen Kräfte auf. Zum Teil werden die Kirchen in eine solche Rolle gedrängt, ohne es selbst zu wollen, zum Teil erliegen sie der Versuchung, auf diese Weise jene Beachtung zu finden, die ihnen bei der Erfüllung ihres eigentlichen Auftrages in unserer säkularisierten Gesellschaft nicht selten versagt bleibt. Auf jeden Fall fehlen ihnen für eine solche Stellvertretung weitgehend Kompetenz und Kraft.

- 5 In dieser Situation treten wir dafür ein, daß das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche als Grundelement der Konzeption "Kirche im Sozialismus" aufrechterhalten bleibt. Es schließt das Recht der Kirchen ein, von ihrem Standpunkt aus zu den Lebensfragen des Volkes und zu den Überlebensfragen der Menschheit Stellung zu nehmen.
- 6 Das Trennungsprinzip läßt sich allerdings nur dann durchhalten, wenn alle für die Gestaltung des Staates verantwortlichen Kräfte die ihnen zukommenden Aufgaben zielbewußt und tatkräftig erfüllen. Aus diesem Grunde ist allen Tendenzen zu wehren, gesellschaftliche Probleme zu beschönigen oder zu verdrängen und zu tabuisieren, um Untätigsein zu rechtfertigen.
- 7 Wir meinen, auch die CDU in der DDR ist heute herausgefordert, ihre gesellschaftliche Mitverantwortung an den höheren Maßstäben zu messen, welche dem Stand der Entwicklung nach 40 Jahren DDR entsprechen. Wir sehen uns zusammen mit allen Mitgliedern und Vorständen der Partei dazu verpflichtet, die aktuellen Probleme unseres Landes realistisch und unbeschönigt wahrzunehmen, sie offen zu erörtern und Vorschläge zu unterbreiten, wie sie gelöst werden können.
- 8 Bei dem gegenwärtig besonders bedrängenden Ausreiseproblem geht es darum, die Ursachen zu erkennen und beseitigen zu helfen, welche in unserem Staate herangewachsene, von der DDR erzogene und ausgebildete, aktiv im Arbeitsprozeß stehende Menschen dazu veranlaßt, in unverhältnismäßig großer Zahl ihre ständige Ausreise zu betreiben.
- 9 Auf drei Hauptfeldern müssen politische Mitverantwortung, Mitsprache und Mitarbeit der Partei und ihrer Mitglieder eine neue Qualität erreichen: 1. innerparteilich, 2. in der Gemeinschaft des Demokratischen Blockes, 3. in der gesamten Gesellschaft.
- 10 1. Die Weiterentwicklung der innerparteilichen Demokratie
Die Parteiarbeit ist so auszugestalten, daß in ihr der Wille der Mitglieder den unbedingten Vorrang hat. Das Prinzip des "demokratischen Zentralismus" gehört nicht zu den spezifischen Traditionen der CDU. Bei allen Arten von Parteiveranstaltungen ist von der Praxis vorbestellter, gar von den Sekretariaten kontrollier-

- 3 -

ter "Diskussionsbeiträge" abzugehen. Treten CDU-Mitglieder in Veranstaltungen anderer Organisationen auf, sollten sie sich stets für eine offene Diskussion einsetzen. Um der Dynamik unserer gesellschaftlichen Entwicklung besser entsprechen zu können, sind die Entscheidungsgremien der Partei häufiger als bisher zusammenzurufen und so zu leiten, daß in ihnen die Meinung der Mitglieder authentisch zum Ausdruck kommt. Die Kreisdelegiertenkonferenzen sollten jährlich tagen, die Bezirksdelegiertenkonferenzen und der Parteitag 2 - 3mal innerhalb von 5 Jahren.

11 2. Die Profilierung des Beitrages der Partei in der Gemeinschaft des Demokratischen Blocks

Profil gewinnt eine kleinere, der führenden Kraft im Demokratischen Block nachgeordnete Partei wie die CDU vor allem durch die Vorschläge, die sie in die gesellschaftlichen Meinungs- und Entscheidungsprozesse einzubringen hat. Intern ist in dieser Hinsicht Anerkennenswertes bereits früher geschehen. Damit solche Mitarbeit aber für die Mitglieder und für die gesamte Öffentlichkeit erkennbar und vor allem auch unterstützbar bleibt, ist auf unbedingte Durchsichtigkeit und prinzipielle Öffentlichkeit der Beratungen im Block zu dringen.

- 12 Auch die Parteitage der CDU sollten stärker als bisher zur öffentlichen Erörterung und Verabschiedung ganz konkreter eigenständiger Vorschläge zur Lösung gesellschaftlicher Probleme genutzt werden. Aus diesem Grunde empfiehlt es sich, sie jeweils vor den Parteitag der SED abzuhalten. Im Falle des 17. CDU-Parteitages ist aus organisatorischen Gründen eine Vorverlegung nicht mehr möglich. Aus diesem Grunde schlagen wir dem Hauptvorstand vor, für März/April 1990 eine in ihrer Zusammensetzung noch zu bestimmende Mitarbeiterkonferenz einzuberufen, welche die Vorschläge der CDU für den XII. Parteitag der SED berät und beschließt.

- 13 Die Vertreter der CDU sollten im Demokratischen Block die Frage zur Diskussion stellen, wie die Zahl der von den Blockparteien besetzten Regierungsfunktionen der gewachsenen Qualität der Zusammenarbeit besser entsprechen kann. Es geht dabei nicht um die Durchsetzung eines konsequenten Parteienproporz. Aber mit Recht wird in der Mitgliederschaft und in der Öffentlichkeit das Maß der politischen Mitverantwortung auch am Umfang des per-

- 4 -

sonellen Engagements abgelesen. Der Hauptvorstand steht vor der Aufgabe, verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um geeignete Parteimitglieder zur Übernahme von Leitungsfunktionen in allen Bereichen der Gesellschaft zu befähigen. Auf Regierungsebene muß es mittelfristig möglich sein, entsprechend der Volkskammerzusammensetzung 3 - 5 Minister und eine angemessene Zahl von Staatssekretären zu stellen.

- 14 Weiter ist seitens der CDU zu klären, ob es unter den heutigen Bedingungen nicht den Prinzipien des Demokratischen Blockes besser entsprechen würde, wenn die kleineren Blockparteien auch auf Bezirks- und Kreisebene in angemessener Zahl die Funktionen von Vorsitzenden der Räte übernehmen.
- 15 3. Entschlossenes Herangehen an gesamtgesellschaftliche Probleme
Die CDU steht gegenüber der gesamten Gesellschaft in der Pflicht, sich der Situation unseres Landes, wie sie wirklich ist, zu stellen. Im Folgenden benennen wir einige Probleme, die dringend der Lösung bedürfen. Sie stehen beispielhaft für andere, die nicht weniger wichtig sind.
- 16 Förderung der öffentlichen Meinungsbildung
Um die öffentliche Meinungsbildung zu fördern, legen wir Wert darauf, daß dieser unser Brief, der eine Vertiefung der gesellschaftlichen Mitverantwortung der CDU in der DDR zum Ziel hat, möglichst viele Menschen erreicht. Entschieden wenden wir uns gegen das durchsichtige Argument, Offenheit in der Informationsgebung und in der Kommentierung nutze dem Klassenfeind. Das Gegenteil ist der Fall. Eine Medienpolitik, die auf Verdrängen, Verschweigen und Beschönigen setzt, macht ihre eigenen Sachanlagen unglaubwürdig, verärgert die Menschen und öffnet den Westmedien weite Räume in der publizistischen Landschaft der DDR. Sie stellt nach unserer Erkenntnis eine der Hauptursachen im Bereich der Ausreiseproblematik dar.
- 17 Aus diesem Grunde muß die CDU-Presse vorhandene Ansätze zu einer realistischen Widerspiegelung der gesellschaftlichen Zustände entschlossen weiterführen. Die Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Redaktionen ist zu stärken. Es darf nicht mehr vorkommen, daß die Parteisekretariate in die Details der Redaktionsführung eingreifen. Die CDU-Zeitungen sollten sich nicht

- 5 -

länger nur als "Organe" ihrer Parteileitung verstehen, sondern vor allem als Plattform eines umfassenden Dialogs in Partei und Gesellschaft. Der Leserdiskussion ist mehr Raum zu widmen.

- 18 Die CDU dringt im Ministerrat und bei anderen Verantwortungsträgern darauf, daß Geheimhaltungsvorschriften in ihrer Gesamtheit überprüft und auf das notwendige Minimum reduziert werden. Vor allem im Bereich der Umweltproblematik, deren Lösung eine umfassende Unterrichtung und Motivierung der Bürger voraussetzt, sind alle Informationsbarrieren zu beseitigen und durch die Verpflichtung zu ersetzen, ermittelte Daten möglichst umfassend der Öffentlichkeit mitzuteilen.
- 19 Die begrüßenswerte Entwicklung zum sozialistischen Rechtsstaat ist seitens der CDU nach Kräften zu unterstützen. Die Partei sollte sich ohne Vorbehalt die Forderung zu eigen machen, daß künftig alle Verwaltungsentscheidungen gegenüber dem Bürger begründet werden müssen und gerichtlich nachprüfbar sind. Die Begründung muß so erfolgen, daß sie vom Bürger auch verstanden werden kann.
- 20 Weiter erwarten wir, daß die Partei zu ergründen versucht, welche strukturellen Bedingungen in der Gesellschaft, aber auch in der eigenen Organisation dazu führen, daß Menschen bevormundet werden. Erscheinungen obrigkeitlichen Denkens und bürokratischen Umgangs mit den Menschen in Partei und Gesellschaft ist entgegenzutreten.
- 21 Die Mündigkeit des Bürgers respektieren
Die Vorgänge bei den letzten Kommunalwahlen haben im Problem-bereich "Mündigkeit des Bürgers" die Frage eines zeitgemäßen Wahlverfahrens nachdrücklich stellen lassen. Es ist ein Wahlverfahren anzustreben, das dem erreichten Entwicklungsstand unserer Gesellschaft Rechnung trägt und dem Wählerwillen uneingeschränkt und glaubhaft Ausdruck verleiht. Es spricht für die politische Reife der Bürger, daß viele von ihnen das historisch überholte Verfahren, nach dem die Kommunalwahlen 1989 noch durchgeführt wurden, kritisch angefragt haben und auf Veränderung drängen. Die Wahlfrage hat einen so hohen Stellenwert gewonnen, daß ihre juristische Neuregelung zu jenen Gesetzesvorhaben gehört, die laut DDR-Verfassung in einer umfassenden Volksaus-

- 6 -

sprache zu behandeln sind. Wir bitten die Parteiführung der CDU, ihren Bündnispartnern entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Wir halten es für ganz ausgeschlossen, daß die nächsten Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen noch unter den alten Bedingungen durchgeführt werden.

- 22 Die Mündigkeit des Bürgers wird mißachtet, wenn man ihm die Möglichkeit nimmt, sich in den Auseinandersetzungen der Zeit aus Für und Wider der Meinungen ein eigenes Urteil zu bilden. Die Streichung der sowjetischen Zeitschrift "Sputnik" von der Postzeitungsliste ist unter der Verantwortung des Ministers erfolgt, den die CDU gegenwärtig im Ministerrat stellt. Die Unangemessenheit dieses Vorgangs ist von Persönlichkeiten aus Kunst und Gesellschaft benannt worden, vor allem wird sie von den bisherigen Abonnenten und Lesern empfunden. Wir fordern den Hauptvorstand auf, auf den ihm angehörenden Minister einzuwirken, damit der Vertrieb des "Sputniks" ab Januar 1990 in der DDR wieder möglich wird. Eingaben von der Mitgliederbasis an den Minister können diese Forderung unterstützen.
- 23 Reisefragen den ihnen zukommenden Rang beimessen.
Die Möglichkeit, nach eigenem Ermessen ins Ausland reisen zu können, stellt für die meisten DDR-Bürger einen außerordentlich hohen Wert dar. Der Reisefrage kommt daher bei politischen Entscheidungen eine hohe Priorität zu. Das gilt u. a. auch im Vergleich mit wirtschaftlichen Problemen. Die Bürger müssen die Sicherheit haben, daß vorhandene Reisemöglichkeiten auf jeden Fall erhalten bleiben und daß die Staatsführung beharrlich weitere anstrebt. Der Eindruck ist zu vermeiden, als handele es sich bei den DDR-Bürgern gewährten Reisemöglichkeiten um Zugeständnisse an fremde Regierungen, die entsprechend politisch zu honorieren bzw. rücknehmbar sind.
- 24 Entwicklungen, wie sie in der Ausgestaltung der Reiseverordnung vom 30. 11. 88 zu beobachten sind, sollten von der CDU mit eigenen Vorschlägen begleitet und unterstützt werden. Dies muß erfolgsorientiert geschehen; denn die Bereitschaft, Geduld zu zeigen, nimmt in der Bevölkerung und vor allem unter jungen Leuten sichtlich ab. Eine qualitativ höhere Stufe, die nach 40 Jahren DDR erreichbar sein muß, würde dann gegeben sein, wenn jeder Bürger prinzipiell ein Recht auf Auslandsreisen hat, das nur in

- 7 -

- begründeten Fällen eingeschränkt werden darf.
- 25 Im Hinblick auf die sozialistischen Länder ist allen Tendenzen zur Einschränkung der Reismöglichkeiten entgegenzuwirken und auf schrittweise Erleichterungen zu drängen.
- 26 Hinsichtlich der Reisen von Bürgern anderer Staaten in die DDR ist davon auszugehen, daß diese in einem hohen Maße auch im Interesse der besuchten DDR-Bürger liegen. Restriktionen bei der Visaerteilung an Bürger, die legal aus der DDR ausgewandert sind, halten wir nicht für sinnvoll. Sie wirken kleinlich und schädigen das Ansehen der DDR.
- 27 Wir regen eine Initiative des CDU-Hauptvorstandes zugunsten der Menschen im Grenzsperrgebiet an. Auch sie sollten in Zukunft in die Lage versetzt werden, Besuch aus der BRD zu empfangen.
Wirtschaftsprobleme offenlegen
- 28 Für die Ausreiseproblematik, aber auch für das politische Klima im Lande sind Wirtschaftsfragen von großer Bedeutung. Wir haben den Eindruck, daß die seit Jahren eingeleiteten Wirtschaftsreformen wesentlich schneller vorangetrieben werden müssen. Auch sind sie entschlossener an die sich rasch ändernden Bedingungen anzupassen. Das System der Planung darf nicht zur Bürokratisierung der ökonomischen Prozesse führen. Vor allem müssen die Werktätigen ideal wie materiell angeregt werden, sachkundig, kreativ und einsatzbereit mitzuwirken.
- 29 Voraussetzung dafür ist, daß die Probleme der Wirtschaft unbeschönigt offengelegt werden. Bisher machen die Bürger nur zu oft Erfahrung, daß die öffentliche Darstellung der wirtschaftlichen Erfolge mit ihrer eigenen Wirklichkeit als Produzenten und Konsumenten von Waren und Dienstleistungen nicht übereinstimmt. Die CDU sollte tatkräftig dazu beitragen, daß auf allen Ebenen eine realistische Sicht ökonomischer Fakten gewonnen wird, und dabei mit den ihr gehörenden Betrieben der VOB Union mit gutem Beispiel vorangehen.
- 30 Wir bitten alle Unionsfreundinnen und Unionsfreunde, unsere Vorschläge zu prüfen, sie im Kreise der Mitglieder und Parteigremien zu diskutieren und sie gegebenenfalls in ihren jeweiligen parteilichen und gesellschaftlichen Wirkungsbereichen zu unterstützen.

- 8 -

Weimar, den 10. September 1989

gez. Martina Ruhn

Mitglied der Synode des Bundes
der Evangelischen Kirchen in der DDR
Hopfgarten, 7231

Martina Ruhn

gez. Martin Kirchner

Oberkirchenrat
Eisenach, 5900

Martin Kirchner

gez. Christine Lieberknecht

Pastorin
Ramsla, 5301

Christine Lieberknecht

gez. Dr. Gottfried Müller

Kirchenrat
William-Shakespeare-Straße 10
FSF 641, Telefon 43 30
Weimar, 5300

Gottfried Müller

Diese Adresse steht für Fragen, Kritiken und
Meinungsäußerungen zur Verfügung.

Für die Richtigkeit der Unterschriftenleistung:

Dokument 2

Quelle: ACDP 03-045: 216/1



CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

Kreisverband Greiz

CDU-Kreisverband 6600 Greiz, Zentstraße 10, Postschlößchen 19

Bezirkssekretariat der CDU

Leninstraße 2

G r e i z

6 5 0 0

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht von	Unsere Zeichen Lo./Ge.	Datum 7.11.1989
Betreff: <u>Diskussion und Vorschläge zum Positionspapier der CDU über Reformen und Erneuerung</u>			

Bereits kurz nach Erscheinen des Positionspapiers in der Parteipresse traten Unionsfreunde am Montag, den 30. Oktober 1989 in 4 Kirchen der Kreisstadt auf und erläuterten den dort anwesenden Bürgern die Positionen der CDU, welche der Mitgliedschaft zur Diskussion gestellt wurden. In teils kontroversen Dialogen waren erste persönliche Stellungnahmen der 4 Unionsfreunde gegenüber der Öffentlichkeit notwendig.

Die Forderungen, die im Positionspapier enthalten sind, fanden unter der Bevölkerung und unseren Mitgliedern zum überwiegenden Teil breite Zustimmung. In den bisher durchgeführten Mitgliederversammlungen und der erweiterten Kreisvorstandssitzung am 6.11.1989 wurde zum Ausdruck gebracht :

1. Ergebnisreiche Parteiarbeit von der Basis her

Enttäuscht und teilweise verärgert sind unsere Unionsfreunde über das sehr späte Reagieren unserer Parteiführung auf die politischen Ereignisse der letzten Wochen und Monate in unserem Lande sowie über diese, die im Ausland durch Bürger der DDR heraufbeschworen wurden. Heftige Kritik gibt es darüber, daß der "Brief aus Weimar" der Mitgliedschaft zu lange vorbehalten wurde. Desweiteren wird die Meinung vertreten, daß das sogenannte Positionspapier

V.18-22 10.4.88 1989 20.10.89

papier unserer Partei ebenfalls, gegenüber Standpunkten der LDPE, zu spät erschienen sei.

Alles in Allen wird das vorliegende Papier von unseren Unionsfreunden als eine sehr gute Alternative bezeichnet, welche zu Reformen und zur Erneuerung in unserem Lande beitragen könnte. Dahingehend fordern unsere Freunde ein offensives, attraktives Parteiprogramm der CDU, das sich nicht wie in der Vergangenheit an die Beschlüsse der SED anlehnt !

Ein Sonderparteitag, so meinen unsere Freunde, sei unumgänglich.

- In Vorbereitung der Jahreshauptversammlungen und in Weiterführung der politischen Arbeit an der Basis muß der erdrückende Papierkrieg, der alle Vorstände belastet, der Vergangenheit angehören. Ortsgruppenprogramme sind zum Beispiel unzweckmäßig und sollten nur im Rahmen des "Parteiprogrammes" beschlossen werden.

- Nach Möglichkeit sollten sich in den Ortsgruppen mindestens 2 Unionsfreunde der Wahl zum Ortsgruppenvorsitzenden stellen. Ebenso müßte bei den Funktionen des Kreisvorsitzenden und Kreissekretärs verfahren werden, was für die Bezirksvorstände bis hin zur Parteiführung ebenfalls Geltung haben sollte.

Ein erster Schritt dazu sei die wohl bevorstehende Wahl des neuen Parteivorsitzenden durch den Hauptvorstand am 20.11.1989. Dieser Termin, so unsere Mitglieder, wäre wiederum zu spät eingeordnet.

- Die CDU sollte Verbindung zur CDU in der BRD und anderen Schwesterparteien im kapitalistischen Ausland aufnehmen, im Interesse eines wirtschaftlichen und organisatorischen Gedankenaustausches zum Wohle unserer Republik. Über ein gewisses Management, wie M. Gorbatschow es anwendet, muß unbedingt ein Gedankenaustausch stattfinden. Warum sollte unsere Partei nicht die Schrittmacherrolle übernehmen ?

- Keinesfalls dürfe unsere Partei die Führungsrolle der SED weiter anerkennen. Es sollte hingegen eine Änderung der sozialistischen Verfassung angestrebt werden.

Aus den einfachen Grunde, daß die SED keine Partei der Arbeiterklasse mehr darstellt, sich nur durch rund 2 Millionen Mitglieder manifestiert, der überwiegende Teil der Arbeiterklasse aber aus Mitgliedern befreundeter Parteien und Organisationen

besteht, und daß die SED das Vertrauen beim Volk endgültig verwirkt hat.

2. Mündige Bürger ohne Gängelerei und Bevormundung

- Binnmütig wurde von unseren Mitgliedern festgestellt, daß die Parteien und Staatsorgane für die Bürger da sein müssen und nicht umgekehrt, wie es in der Vergangenheit der Fall war.
- Auf den Normen der Verfassung, auf Recht und Gesetz beruhend (ggf. Gesetzesänderungen) sollten alle fortschrittlichen Parteien und Gruppierungen zugelassen werden, die dem demokratischen Charakter des Staates entsprechen und keine neofaschistischen Zielsetzungen haben.
- Schluß mit den überhöhten Privilegien für Partei- und Staatsfunktionäre (z. Bsp. Sonderverkaufsstellen, Valutabezug etc.)

3. Allgemeine, freie, gleiche und geheime Wahlen

- Das Wahlergebnis der jüngsten Kommunalwahlen muß unbedingt einer Prüfung unterzogen werden.
Ggf. sollte diese Wahl wiederholt werden.
- Sonderwahllokale müssen in Zukunft verschwinden, da durch diese Manipulationen Freiraum gegeben wird.
- Auf den Wahlzetteln muß erkennbar sein, welcher nominierenden Partei bzw. Organisation der Kandidat angehört.
- Streichen einzelner Kandidaten muß gewährleistet sein.
- Es sollte angestrebt werden, daß analog der Volkskammer, in den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen einzelne Fraktionen gebildet werden.
- In die Räte der Gemeinden müssen umgehend weitere Volksvertreter der "kleinen" Parteien kooptiert werden um eine Stimmengleichheit gegenüber den SED-Vertretern in den Räten zu gewährleisten.
- Führungsfunktionen im Staatsapparat dürfen allein nur durch nach Leistungsprinzipien vergeben werden.
- Außer der SED müssen andere Parteien mehr Führungspositionen erhalten.

- Das Miteinander und Reglementieren von Parteien in staatliche Leitungsprozesse sollte der Vergangenheit angehören.
- Die Tätigkeit der Fachorgane in staatlichen Leitungsprozessen muß unabhängig von Kontrolle und Weisung der SED geschehen.

4. Gesicherte Freiheiten durch neue Gesetze

- Eine Änderung der Verfassung muß angestrebt werden. Der Artikel 1 der Verfassung bedarf insbesondere einer Änderung, da sich die Führungsqualitäten der SED im gegenwärtigen politischen Zustand unseres Landes eindeutig widerspiegeln.
- Der Vorschlag zum neuen Reisegesetz stieß zum überwiegenden Teil auf Ablehnung. Mit der Beschränkung, daß sich Bürger der DDR nur 30 Tage im Ausland aufhalten dürfen, ist wiederum eine Bevormundung der Bürger nicht von der Hand zu weisen.
- Der Devisenumschlag muß eindeutig geregelt und begrenzt werden, so daß jeder Bürger gleiche Rechte beim Erwerb von Zahlungsmitteln erhält.
- Nach Meinung unserer Mitglieder sollten u.a. die ins Land fließenden Gelder, die aus Zwangsunterschiedsätzen von Bürgern des NSW und aus Effizienzböhen resultieren für die Devisenausstattung der DDR-Bürger genutzt werden.

5. Keine Dinnischung in die Angelegenheiten der Kirche

Den Vorschlägen im Positionspapier der CDU haben unsere Mitglieder nichts hinzuzufügen. Der Wortlaut wird allgemein akzeptiert und befristet.

6. Vielfalt der Meinungen und Wahrhaftigkeit sollen Medien kennzeichnen

Auch diesen Vorschlägen gehört die Zustimmung unserer Unionsfreunde und es wird die Meinung vertreten, daß unsere Medien gegenwärtig eine Wende von 180 Grad vollziehen haben. Als erstrebenswert sehen unsere Mitglieder gegenwärtig das Auftreten von Politikern der unterschiedlichsten Parteien in Funk und Fernsehen um ihre und die Positionen der Parteien dem Volk zu erläutern.

Sicherlich ist es auf Grund des sparsamen Einsatzes von Rohstoffen zur Zeit nicht möglich, daß jede Partei in ihrer Bezirkspresse

für alle Kreise eine Kreisseite gestalten kann. Es sollte jedoch Überdacht werden, ob es nicht möglich ist, der Volkswacht, als meistgelesene Zeitung des Bezirkes Gera, 2 Seiten für die Lokalberichterstattung der Kreise zuzuordnen.

7. Effektive Wirtschaft nach Leistungen bewertet, am Markt orientiert

- Als die Notwendigkeit Nummer 1 bezeichnen unsere Freunde, daß alle Werktätigen wieder zu einer normalen Arbeitsmoral finden bzw. dazu erzogen werden.
- Das Leistungsprinzip ist weitestgehend in der Industrie durchzusetzen.
- Besetzung leitender Funktionen darf nur nach Leistungen und Fähigkeiten geschehen, nicht nach Parteizugehörigkeit.
- Führung der Betriebe soll ausschließlich den Betriebsleitungen obliegen. Der Einfluß der SED ist sofort zu eliminieren.
- Die EPO der SED und deren Sekretäre haben in den Betrieben und Kombinatn keine Daseinsberechtigung mehr. Die SED muß sofort aus der Wirtschaft herausgelöst werden.
- Die Gehälter der Angestellten müssen in der Besteuerung denen der Lohnempfänger angeglichen werden, um Werkstätige für mittlere Leitungsfunktionen, zum Beispiel Meister, zu gewinnen. Auch Verantwortung muß in der Lohnhöhe ihren Niederschlag finden.
- Die Produktion soll bedarfsgerecht und unabhängig vom Plan erfolgen. Wenn zum Beispiel der Bedarf für einen bestimmten Artikel nicht mehr besteht, muß die Produktion eingestellt werden.
- Die Betriebe sollten selbständig Wirtschaftsverträge abschließen können, um u.a. hohe Warenbestände (z. Bsp. beim GEM WED) regulieren zu können.
- Als unvereinbar wird bezeichnet, daß zwar die Löhne gestiegen sind, aber die Mieten nach den Stand von Jahre 1949 ausweisen, auch in Privathäusern.
- Subventionen für Mieten ja, aber nur für diesen Wohnraum, der den Bürger tatsächlich zusteht. Für unterbelegten Wohnraum sollte volle Zahlung erfolgen.

- Wasserkühluhren sollten sofort in den Neubauwohnungen installiert werden, um der Wasserversorgung vorzubeugen.
- Bei Arbeitsunfähigkeit könnte beispielsweise 14 Tage das Krankengeld ausgesetzt werden, um festzustellen, wer wirklich krank ist.
Dies würde ggf. den Krankenstand in den Betrieben und Einrichtungen erheblich senken. In sozialen Notfällen könnte ein Ausgleich durch die Abteilung Gesundheits- und Sozialwesen erfolgen.
- Streichung der Subventionen für Waren des täglichen Bedarfs, Brot- und Getreiderzeugnisse, für Obst und Gemüse, Geflügel und bei Kinderbekleidung, um Spekulationen und ungerechtfertigte Binkäufe zu vermeiden.
Zum Ausgleich dafür sollten Löhne, Renten und das Kindergeld angehoben werden.
- Überprüfung der Endverbraucherpreise bei sogenannten hochwertigen Konsumgütern wie Farbfernsehgeräte, Pkw, Waschmaschinen und Kühlschränke.
- Requisit- und Delikatverkaufsstellen auflösen und die Waren zum tatsächlichen Wert an die Bevölkerung abgeben.
- Überprüfung der finanziellen Tagessätze in Alters- und Pflegeheimen. Diese Preise sind gegenüber den Rentnern, die einen eigenen Haushalt betreiben und die Mindestrente erhalten, ungerechtfertigt. Familienmitglieder, welche ihre Angehörigen in o.g. Heimen untergebracht haben, sanieren sich dadurch auf Kosten des Staates.
- Ausländische Kredite müssen umgehend in die Wirtschaft fließen und nicht zum Erwerb eines Aer-Busses Verwendung finden.
- Die Zuwendungen für die DKP und andere kommunistische Parteien in Millionen-Höhe sofort stoppen und der Volkswirtschaft zuzühren.
- Offenlegung der Staatsfinanzen : Gewinne müssen in die Betriebe zurückfließen.
- Die Mitarbeiter des MFS sollten vorwiegend für die Aufklärung von Wirtschaftsvergehen eingesetzt werden.

8. Unsichtbar handeln wegen den Verfall von Stadtzentren

Unsere Mitglieder unterstützen die Forderungen wie im Positionspapier. Gefordert wird, daß umgehend die Bauarbeiter und Kapazitäten aus Berlin und anderen Großstädten der DDR wie auch aus der SU in ihre Heimathreise zurückkehren, um die dringend notwendigen Baureparaturen und Neubauten in Angriff zu nehmen !

9. Pflanzen- und Tierproduktion nebhen zusammen

- In Wesentlichen gibt es zu diesen Punkt nichts hinzuzufügen. Der Zusammenschluß von Pflanzen- und Tierproduktion sollte dort erfolgen, wo die gegebenen Umstände es möglich machen, jedoch nicht in jedem Fall.
- Desweiteren sollte der Tierproduktion im Territorium keine Überbetonung zukommen, da damit auf längere Sicht größere Umweltprobleme entstehen (Nitratbelastigung).
- Anfallende, notwendige Überstunden bei Genossenschaftsbauern und Arbeitern in der Landwirtschaft müssen in Zukunft entlohnt werden.
- Das LPG-Gesetz muß abstrichlos Anwendung finden. D.h. auch hier : SED raus aus der Landwirtschaft.

10. Mehr Möglichkeiten für kundenfreundliche Händler und Handwerker

- Handwerkern sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, auch außerhalb der DDR Dienstleistungen auszuführen, genauso wie zum Beispiel Bürger der BRD ihre Pkw in unserem Land reparieren lassen könnten. Eine Möglichkeit, um sich mit Valutazahlungsmitteln zu servieren.
- Kleine und mittlere Betriebe des Handwerks sowie Gaststätten sollten wieder in Privathand übergehen. Ebenso sollte geprüft werden, ob dies mit kleinen und mittelständigen Betrieben möglich ist.

11. Volle Offenheit für die Daten im Umweltschutz

- In Sinne der Erhaltung und Gestaltung der Umwelt fand dieser Punkt bei unseren Mitgliedern besondere Zustimmung.

- Unionsfreunde mit dem Mandat der CDU im Kreistag sind gegenwärtig dabei, Vorschläge, unser Territorium betreffend, und Lösungen zu erarbeiten. Desweiteren wird gegenwärtig geprüft, inwieweit das ehemalige Uranabsetsbecken der SDAG Wismut (Seelingstätt), für eine Hausmülldeponie Verwendung finden kann. Unsere Unionsfreunde aus dieser Umgebung geben zu bedenken, daß nicht genügend Sicherungsmaßnahmen für das Freiwerden von Strahlung durchgeführt worden sind. Wir bitten deshalb den Bezirksvorstand unserer Partei, diesen genannten Zustand kurzfristig überprüfen zu lassen.
- Unsere Freunde regten weiterhin an, daß Müll, darunter auch Giftmüll, aus der BRD und anderen Ländern der westlichen Welt nicht mehr in der DDR deponiert werden sollte !

12. Initiative junger Leute für Kranke und Behinderte

- Neben der Zustimmung unserer Freunde zu diesem Punkt, wurde zum Ausdruck gebracht, daß der überwiegende Teil der Wehrersatzdienstleistenden an Krankenhäusern, Pflege- und Altersheimen sowie zur Betreuung in Haushalten zur Verfügung gestellt werden sollte.

13. Erziehung der Jugend ohne Doppelzähligkeit

- Wehrkunde sowie marxistisch-leninistische Weiterbildung der Pädagogen sollten der Vergangenheit angehören.
- Statt 9 Tage vormilitärischer Ausbildung für Lehrlinge, sollten die jungen Menschen innerhalb dieser Zeit mit den Betrieben und Arbeitsabläufen vertraut gemacht werden.
- In Deutschunterricht sollte nicht ~~zuzü~~ nur von der marxistisch-leninistischen Literaturwissenschaft ausgegangen werden.
- Religion sollte als fakultativer Unterricht wieder in Schulen einziehen.
- Der Staatsbürgerkundeunterricht, soweit er noch Gültigkeit besitzt, muß frei von Ideologiepaukerei sein. Die Schüler sollten hingegen mit dem Leben in der Gesellschaft vertraut gemacht werden und sich Kenntnisse über wichtige Gesetze, gesellschaftliche Vorgänge, Parteien, Organisationen und Volksvertretungen aneignen.
- Prüfen, ob die Bildung einer "Jungen Union" von Vorteil ist.

14. Kunst mit großer geistiger Weite, frei von Einmischung

- Die Kulturschaffenden unter unseren Unionsfreunden sind erfreut über die Forderungen unserer Partei in Bezug auf die neue Weiterführung des geistig-kulturellen Lebens und künstlerischen Schaffens. Insbesondere die Entdeckung, Erfassung und Entwicklung aller Talente wurde von Unionsfreunden unseres Verbandes in den zurückliegenden Jahren desäftigsten angeregt, fand aber bis zum jetzigen Zeitpunkt nirgends ein offenes Ohr. Alle Vorstände unseres Kreisverbandes würden es begrüßen, wenn der 17. Parteitag der CDU vorfristig einberufen würde !


Steudel
Kreisvorsitzender


Loos
Kreissekretär

Dokument 3

Quelle: ACDP 02-204: 083/1



An alle

Eichsfelderinnen und Eichsfelder!Die **Christlich-Demokratische-Union Deutschlands**formiert sich als eine **Volkspartei** aller christlich, demokratisch, sozial und ökologisch gesinnten Menschen.**Wie rufen alle *Mitbürger* auf, streitet mit uns**

- für **freie Wahlen** am 6. Mai 1990
- für eine **neue Verfassung**, ohne die genetischen Defekte des Stalinismus
- für **gleichberechtigtes Wirken** in Rundfunk und Fernsehen auf der Grundlage eines **Demokratischen Mediengesetzes**
- für ein **Parteiengesetz** der Gleichberechtigung freier und gleicher Arbeitsmöglichkeiten sowie der durchschaubaren Finanzierung
- für ein **Demokratisches Wahlgesetz**, das nur Parteien mit ihren Programmen und Personen das Mandat ihrer Wähler in den Parlamenten – damit auch für jeden Wähler **d u r c h - s c h a u b a r** – sichert
- für eine sozial bestimmte und ökologisch verträgliche **Marktwirtschaft**, die persönliche Initiative motiviert und fördert
- für ideologisch freie **Wissenschaft und Künste** in Pluralität und geistiger Auseinandersetzung der Weltanschauungen und Meinungen
- für eine strikte Trennung **aller Parteien** von Staats- und Wissenschaftseinrichtungen:
Parteien raus aus den Betrieben!
- für die sofortige Auflösung der **Kampfgruppen**
- für ein Bildungswesen, das vom **Elternrecht** wie von der **Individualität des Kindes** ausgeht – Schaffung freier Schulen und Kindereinrichtungen (z. B. Kath. Gymnasium)
- für die Anerkennung der bis in die 70er Jahre gesetzlichen kirchlichen **Feiertage**
- gegen die Mißachtung von **Kranken, Alten und Behinderten**.

Wir die **CDU** des katholischen Eichsfeldes >89< zählen auf Sie!

DER AUTOR

Ehrhart Neubert wurde 1940 geboren und studierte nach dem Abitur evangelische Theologie an der Universität Jena. Er arbeitete seit 1964 als Pfarrer und war von 1976 bis zu seinem Austritt 1984 Mitglied der CDU in der DDR. Neubert engagierte sich in mehreren Oppositionsgruppen und war während der Wendezeit als Mitglied des „Demokratischen Aufbruchs“ am Runden Tisch beteiligt. 1996 trat Neubert erneut in die CDU ein. Er promovierte 1996 mit einer Arbeit zur Opposition in der DDR und ist Autor zahlreicher Beiträge zu diesem Thema. Von 1996 bis zu seiner Pensionierung 2005 war Neubert Fachbereichsleiter beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes.



Konrad
Adenauer
Stiftung

Der „Brief aus Weimar“ leitete im Herbst 1989 die Selbstbefreiung der CDU in der DDR ein. Die Partei war nur der Transmissionsriemen der Politik der SED. Unterhalb der Funktionärs-ebene blieb jedoch die Erinnerung an die demokratischen Anfänge lebendig. Die vorliegende Studie beschreibt den Prozess der Emanzipation der Ost-CDU als einen wichtigen Beitrag zur friedlichen Revolution.

www.kas.de

